Es gilt das gesprochene Wort.

Haushaltsdebatte, Oberbürgermeister, Sitzung vom 6. 12. 2004

Ich will nur auf einige wenige Sachen eingehen, die von den Fraktionsrednern eingebracht wurden. Aber vorher eine allgemeine Bemerkung. Ich bin, wie viele aus dem Stadtrat, schon 10 Jahre dabei. Und ich habe sehr wohl ein großes Verständnis dafür, dass ein gewisser Frust bei den Stadträten eingetreten ist. Ein Frust, der sich darin äußert, eigentlich nicht viel zu entscheiden haben. In Finanzknappheit kann man als Politiker nicht viel verteilen. Das ist schwer machbar. Trotzdem glaube ich, dass die Aussage nicht ganz stimmt, weil es auch schon Zeiten gab, egal bei welcher Knappheit oder Üppigkeit der Kassen, wo der Stadtrat gesagt hat, wir fassen jetzt einen sogenannten Strukturbeschluss und wir legen etwas fest als Stadtrat, was die Verwaltung bei der Haushaltsaufstellung beachten soll. Das waren noch andere Zeiten. Wer nimmt aber dem Stadtrat das Recht heute weg? Doch niemand. Das sollten Sie im nächsten Jahr wieder tun, im Mai oder Juni sagen, beachtet bei der Haushaltsaufstellung folgende Prämissen. Wir möchten, dass im Jahr 2006 das und das und das im Haushalt geregelt wird. Das hat Ihnen doch niemand abgesprochen, das Recht, dass Sie das machen können. Es ist nur nicht gemacht worden in diesem Jahr. Ich habe Verständnis, weil es in diesem Jahr im Juni die Wahlen gab. Der Stadtrat muss sich erst zusammenfinden, aber im nächsten Jahr ist das Recht wieder da und Sie sollten auch rege davon Gebrauch machen, uns zu sagen, wie wir den Haushalt aus Ihrer Sicht mit strategischen Beschlüssen aufstellen sollen. Das werden wir dann auch so tun, davon können Sie mit Sicherheit ausgehen.

Die Gesamtzeit der Haushaltsberatungen läuft vom 12. 10. bis heute. Am 12. 10. ist die Drucksache den Stadträten vorgelegt worden Üblicherweise die 8-Wochen-Frist, die wir bis auf eine Woche eingehalten haben. Das mit dem spät vorgelegten Stellenplan stimmt auch. Aber der Stellenplan ist in jedem Jahr keine große Überraschung. Da stehen auf den ersten 4 Seiten die Änderungen, die eingetreten sind, zum Vorjahr. Die musste ich zurückgeben, weil der Stellenplan aufgestellt worden ist auf der Basis von Zahlen, die aus dem Juni stammten, die einfach nicht mehr real waren, besonders das Problem der Übertragung von KiTa an freie Träger. Das war noch nicht verarbeitet im Stellenplan, wäre völlig falsch gewesen und hätte mit der Haushaltssatzung nicht übereingestimmt. Das ist gemacht worden. Jetzt liegt er Ihnen drei Wochen vor. Jetzt gibt es einen Antrag, den Herr Stern auch im Finanzausschuss eingebracht hat, der lautet, wir mögen bei der Reduzierung des Stellenplans auch darauf achten, dass möglicherweise bei Strukturveränderungen Stellen kreiert werden, die günstiger bewertet sind. Das kann man ruhig beschließen. Damit habe ich kein Problem. Wir gehen im Moment nur einen anderen Weg und sagen, dass wir aktuell mehr sparen, indem wir die Stellen, die frei werden, streichen. Das ist härter und spart mehr Geld ein. Den Weg, den Sie vorgeschlagen haben, kann man an der einen Stelle auch gehen, aber es darf nicht damit suggeriert werden, dass man damit jede Stelle, die wir jetzt im Moment haben, einfach unterbewerten kann. Das geht natürlich nicht. Da, wo es wirklich Strukturänderungen gibt, wo eine neue Aufgabenbeschreibung da ist, kann man das an der einen oder anderen Stelle machen und das könnte der Stadtrat ruhig beschließen.

Was die Wirtschaftspolitik und die Steuern betrifft, sollten wir ein Stück weit auch optimistisch sein. Wir haben gesehen, dass bis zum Jahr 2000 im Land Sachsen-Anhalt der Kreis, wenn wir uns als Kreis bezeichnen, mit den meisten Steuereinnahmen Magdeburg war.

Die meisten Gewerbesteuern hat Magdeburg eingenommen. Das waren 60 Millionen. Wir sind auf dem Weg im Jahr 2004 wieder dorthin. Eine deutliche Steigerung. Also reden Sie die Wirtschaft in der Stadt Magdeburg nicht immer schlechter, als sie in Wirklichkeit ist. Natürlich könnte es besser sein. Da sind wir gern bereit, auf Anträge einzugehen und noch mehr Firmen bei uns anzusiedeln. Es läuft die eine oder andere Gesprächsrunde, wo sich Firmen sich in den nächsten Wochen und Monaten auch in Magdeburg ansiedeln werden. Aber darüber kann man erst in der Öffentlichkeit sprechen, wenn man auch den Vertrag unterschrieben hat. Wenn man woanders hinschaut, ist das dort auch nicht anders. Die großen Ansiedlungen finden Sie im Moment fast nirgendwo. So einen Großen Aufschlag, wie es Leipzig mit dem DHL hat, das gibt es in Europa nur einmal. Das wird in den nächsten 10 Jahren nicht wieder passieren, dass ein solcher Standort in Leipzig seinen Aufschlag findet.

Was die Tarifsteigerungen betrifft oder die Einstellung im Haushalt, habe ich schon mehrfach gesagt, wir haben uns darauf verständig, und bisher sind auch alle Signale so, dass wir keine Erhöhung im Haushalt eingestellt haben. Die Tarifverhandlungen laufen im Moment ja gar nicht. Die werden im nächsten Jahr wieder angefangen werden und da geht es um das grundsätzliche Problem, dass der BAT neu strukturiert werden soll. Was dann dabei herauskommen wird, werden wir abwarten. Von daher sind wir da auf dem richtigen Weg. Und wenn es denn anders kommen sollte, was ich nicht hoffe, weil ich es mir nicht vorstellen kann bei einem Defizit von 79 Millionen Euro, dass wir noch mehr Personalkosten ausgeben, dann werden wir darauf im Nachtragshaushalt reagieren müssen. Das ist nun mal so. Es gibt auch andere Unwägbarkeiten. Die müssen wir gar nicht verschweigen. Aber ich weiß es heute nicht besser. Und ich weiß es auch am 13. Januar nicht besser, was eintreten wird, weil wir die Erfahrungen, was Hartz IV betrifft, erst Mitte nächsten Jahres haben werden. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen den Haushalt aufgestellt und glauben, dass der auch genehmigungsfähig ist.

Das Thema Privatisierung haben mehrer angesprochen. Ich bin kein besonderer Gegner der Privatisierung. Es muss nur eine Prämisse erfüllt sein. Es muss am Ende preiswerter für die Stadt sein, als vorher. Wenn das nicht erfüllt ist, dann bin ich keiner, der die Privatisierung sozusagen unterstützt. Da gab es ein Beispiel, was hier vorgerechnet worden ist, das war das von Herrn Kaleschky mit der Straßenbeleuchtung. Es war eindeutig ungünstiger, das private Angebot anzunehmen. Wenn das anders herum kommt, bin ich der Letzte, der sagt, wir machen das nicht. Und wenn die Anträge hier eingebracht werden und die Mehrheit dafür ist, dann machen wir das auch.

Was den Straßenbau betrifft, da werden wir in den nächsten Jahren etwas zurückgehen müssen. Wer sich unsere Straßen jetzt anschaut, der weiß auch, wo noch die Themen sind was noch am Laufen ist. Der B-1-Ausbau und diese Maßnahmen sind alle im Haushalt eingestellt. Das wird in den nächsten zwei Jahren fertig sein. Das Schleinufer ist auch die Planung eingestellt und beim Land beantragt. Was die Brückenbaumaßnahmen betrifft mit der Bahn, da warten wir auf die Entscheidung der Bahn. Da gibt es viele Vorhaben, die mittelfristig kommen könnten. Aber es gibt keine konkreten Zahlen, mit denen wir in der Lage wären, das im Haushalt jetzt schon zu veranschlagen. Wenn es aber kommt, werden wir uns über die Summe gewaltig erschrecken.

Der Flughafen ist immer wieder das Thema. Da bin ich im Moment ziemlich gelassen. Was der Stadtrat entscheidet, machen wir. Jetzt haben wir eine Drucksache beauftragt bekommen, die bereiten wir jetzt vor und dann wird der Stadtrat im März die Entscheidung treffen, wie es mit dem Flugplatz in Magdeburg weitergeht. Aktuell die Mittel im Haushalt einzustellen, wäre nicht korrekt, weil wir genau wissen, dass die Einnahmen nicht kommen. Dann müssten

Sie sagen, wir stellen die Ausgaben komplett ein und erhöhen damit die Kreditaufnahmen. Das wäre die Konsequenz. Das muss man so deutlich sagen, weil wir vom Land dafür kein Geld bekommen. Darum, glaube ich, können wir das im Moment nicht anders machen.

Was die Verkaufserlöse betrifft, ist durch Stadtratsbeschluss seit September geregelt. Es war in den Verhandlungen beim Landesverwaltungsamt gesagt worden zum Haushalt 2005 aber auch zu der Frage der Genehmigung des Stadions, dass dies eine Bedingung war, die wir erfüllen müssen und die haben wir mit einem Beschluss des Stadtrates erfüllt und die können wir so einfach auch nicht wieder einholen und sagen, das machen wir nicht. Was konkret das Ziel ist, habe ich Ihnen gesagt und an welchem Projekt wir arbeiten. Aber Sie müssen jetzt auch nicht der Öffentlichkeit erzählen, dass das so kompliziert ist, darauf zu kommen bei den vier oder fünf Projekten, die wir haben, was man da machen kann. Es ist ja nicht so, dass wir eine unendliche Zahl von Möglichkeiten gibt, die wir in der Stadt haben, um was zu veräußern. Die Palette ist nicht unendlich. Wir müssen eigentlich alle, was wirklich machbar ist.

Was den Magdeburg-Pass betrifft, da sage ich Ihnen die aktuellen Zahlen. Wir haben aktuell im Haushalt bei 7.000 Sozialhilfeempfängern, nach dem neuen Begriff Bedarfsgemeinschaften, 125.000 Euro auf der Ausgabenseite. Wenn Sie sagen, Magdeburg-Pass für alle, muss ich die Zahl verdreifachen. Denn es kommt die doppelte Zahl von Arbeitslosenhilfeempfängern hinzu. Also wäre die Ausgabensteigerung ¼ Millionen Euro, wenn Ihr Antrag beschlossen wird. Das muss jeder bei der Beschlussfassung nachher beachten.

Was die Eingemeindungsfrage betrifft, da gibt es einen aktuellen Stand. Morgen wird das Kabinett wahrscheinlich, ich habe es jedenfalls heute im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes erfahren, einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Da ist geregelt, wie es demnächst weitergeht, Zweckverbände, Teileingemeindungen, Eingemeindungen. Ich habe gesagt, ich sehe mich außerstande, dem Vertrag der Teilregion Nord zuzustimmen, weil dort ganz klar steht, dieser Vertrag dient dazu, Eingemeindungen zu verhindern. Das ist für mich bisher nicht Geschäftsgrundlage gewesen, darüber zu verhandeln, Eingemeindungen zu verhindern. Darum habe ich über diesen Vertrag bisher keine ernsthaften Gespräche geführt, sondern warte ab, was der Gesetzgeber sagt. Dann werden wir auf dieser Basis weiter zu entscheiden haben.

Herr Westphal nochmals auf Ihren Einwurf mit den 79 Millionen. Wir haben im Verwaltungshaushalt 2002 13 Millionen mehr ausgegeben, als wir eingenommen haben. Das heißt, wir haben abgeschlossen mit 13 Millionen Minus im Verwaltungshaushalt. 2003 mit 42 Millionen. In diesem Jahr in einer Größenordnung von 40 Millionen, so ist jedenfalls die Planung. Die beiden, die ich gesagt habe für 2002 und 2003, sind Ist-Fehlbeträge. Die haben wir in der vergangenen Woche beschlossen. Was heißt das jetzt? Wir haben auf unseren Konten mal Geld und mal kein Geld. Da gibt es einmal 10 Tage, wenn Lohnzahlungen sind und es kommen keine größeren Einnahmen, dann ist unser Konto im Vergleich mit einem Privatkonto im Dispo. Dafür zahlt man Zinsen. Das ist darunter zu verstehen, dass wir im Laufe des Jahres Kassenkredite Aufnehmen. Wir überbrücken bestimmt Zeiträume mit Kassenkrediten. Die sind in vier Wochen wieder weg. Dann sind wir im Plus, weil es z.B. gerade vom Land die vierte Rate gegeben hat. Es sind nirgendwo Schulden gemacht worden in Größenordnungen, sondern wieder mit neuen Zuflüssen und mit neuen Abflüssen werden die Konten sozusagen der Stadt mal im Plus und mal im Minus sein. Die Zeiträume, wo wir im Minus sind, werden immer größer, um so mehr wir sie vor uns herschieben. Darum gehen wir jetzt daran und wollen das abbauen. Wir haben gesehen, dass dies bis 2008 geschafft ist,

wenn wir uns an alle Konsolidierungsmaßnahmen halten. Was ich für bemerkenswert halte, dass wir das bis 2008 schaffen. Das schaffen nicht viele in Sachsen-Anhalt. Und was ich für noch bemerkenswerter halte, ist, dass wir in Magdeburg im nächsten Jahr unseren Verschuldungsstand senken. Wir haben am Ende 2005, wenn wir den Haushalt so beschließen, weniger Schulden als 2004 am 31. 12. Wir tilgen mehr, als wir Kredite aufnehmen. Wir nehmen 1,3 Millionen Kredite auf und tilgen 16 Millionen Kredite. Suchen Sie mal einen, der das macht im Moment in Sachsen-Anhalt. Das Land macht es nicht. Das Land hat seine Strategie aufgegeben, 2006 keine neuen Schulden zu machen. Wir haben das durch Sparmaßnahmen und durch Konsolidierungsmaßnahmen hinbekommen. Aber auch durch die Maßnahme der Privatisierungserlöse. Kommen die 40 Millionen nicht, müssen wir dafür 40 Millionen Kredite aufnehmen oder, das wäre für mich die Konsequenz, wenn Sie heute sagen, wir beschließen das alles nicht, dann würde ich Morgen meine Mitarbeiter beauftragen, für 16 Millionen Streichungen vorzuschlagen im Vermögenshaushalt. Weil wir im nächsten Jahr keine Kredite bekommen. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Wir werden Kredite in der Größenordnung nicht genehmigt bekommen. Wenn es dafür keine Beschlusslage gibt, wird das gemacht werden und dann werden wir die Maßnahmen alle anhalten, bis die Genehmigung des Haushaltes dafür da ist. Einen anderen Weg dafür sehe ich jedenfalls nicht.

Eine letzte Bemerkung zum Tierheim. Ich habe am Donnerstag einiges dazu gesagt. Jetzt hat Herr Brüning vorgeschlagen, das nicht zu machen. Es gibt jetzt eine Drucksache, die müsste Ihnen schon zugegangen sein, die wurde bei mir am vergangenen Dienstag beschlossen, für den Finanzausschuss am 5. 1. Dieser Drucksache zuzustimmen heißt, Ankauf des Grundstücks in Rothensee. Dann würden wir planen und die nächsten Schritte einleiten, in der Größenordnung, wie wir es im Haushalt veranschlagt hatten. Es stehen in diesem Jahr 318.000 Euro drin zum Grundstücksankauf. Das ist im Rahmen dessen, was wir veranschlagt haben. Es ist keine Steigerung des Grundstückspreises.

Was den Messeplatz betrifft, den haben wir bisher nicht gekauft. Da sind wir immer wieder im Schriftverkehr mit dem Verkäufer und versuchen, den preis für uns zu optimieren und zu minimieren. Wenn der Stadtrat sagt, wir sollen das nicht machen, ok. Aber bisher hat die Mehrheit gesagt, wir sollen das so machen aus ganz konkreten Erwägungen, die wir vor einem Jahr diskutiert hatten.

Ich glaube, somit habe ich die meisten Probleme beantwortet.
Nun will ich noch eine Bemerkung machen in Richtung der Anträge, die im Finanzausschuss besprochen worden sind. Da gibt es einen oder zwei auch von der CDU-Fraktion, weitere Maßnahmen einzustellen für Schulen und Kindergärten. In diesem Haushalt haben wir für Schulbauten Maßnahmen in der Prioritätenliste für Schulen eingestellt mit Gesamtkosten von 43 Millionen Euro, nicht im Jahr 2005, sondern Gesamtkosten von 43 Millionen Euro für Schulbaumaßnahmen, die wir in den nächsten Jahren realisieren wollen. Bei Kindergärten kommen Sie auf 8 Millionen. Und dazu würde kommen, wenn es sich realisieren lässt, das PPP-Programm für Schulen mit nochmals 70 Millionen. Das heißt, für Schulen haben wir in den nächsten 5 Jahren 110 Millionen Euro. Das sind keine imaginären Zahlen. Das sind Zahlen, die bekommen Sie vorgelegt. Das sind 20 Schulen, die wir herausgesucht haben. Sie können auch andere benennen. Das wollen wir jetzt als Paket ausschreiben. Wenn wir das gemeinsam hinbekommen, würden wir in den nächsten 5 Jahren Schulen für 110 Millionen Euro in Magdeburg sanieren. Ich finde, das ist eine beachtliche Leistung. Trotzdem wäre ich bereit und will das Angebot nochmal machen, dass wir im nächsten Jahr für kleinere Maßnahmen Wege finden. Wir können keine HU Baumaßnahmen einstellen. Wir können nur unterhalb von 400.000 Euro Maßnahmen einstellen für Kindergärten, für Schulen jeweils eine

halbe Million. Das, glaube ich, kann man noch darstellen. Wenn Sie mich nach einer Deckungsquelle fragen, dann würde ich Ihnen antworten, dass wir dafür nicht 15 Millionen, sondern 16 Millionen Verkaufserlöse 2005 einstellen. Und dafür eine Million im Jahr 2006 dann weniger. Jetzt sollten wir uns darauf verständigen und den Haushalt beschließen.